

Studie: Pflege und Betreuung

Bevölkerungsbefragung 2007

Pressepapier

Diese Studie wurde erstellt für das:



BM für Soziales und Konsumentenschutz

Wien, im November 2007

Archivnummer: 23004001

IFES

INSTITUT FÜR EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG GMBH

Teinfaltstraße 8 • 1010 Wien

Telefon: (01) 54 670-0 • Fax: (01) 54 670-312

E-Mail: ifes@ifes.at • Internet: <http://www.ifes.at>

Daten zur Untersuchung

Thema:	Pflege und Betreuung
Auftraggeber:	Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz,
Grundgesamtheit:	Männer und Frauen ab dem 18. Lebensjahr
Erhebungsgebiet:	Österreich
Stichprobenumfang:	1.000 Zielpersonen, repräsentativ
Zielpersonenauswahl:	Zufallsauswahl
Art der Befragung:	telefonische CATI-Interviews
Befragungszeitraum:	September 2007
Projektleiter:	Dr. Gert Feistritzer

Die Hauptergebnisse der Studie

Informiertheit und Informationsbedarf zur Förderung der 24-Stundenbetreuung zu Hause

- Der Großteil der Bevölkerung (79 %) hatte im September schon darüber gehört oder gelesen, dass es eine neue Regelung im Pflegebereich zur Förderung der 24-Stundenbetreuung gibt. Bei den über 50-Jährigen haben dieses Thema rund neun von zehn Personen wahrgenommen.
- 20 Prozent der Befragten melden einen zusätzlichen Informationsbedarf zu dieser Thematik an. Deutlich höher ist derselbe bei jenen, die selbst oder deren Angehörige gesundheitlich beeinträchtigt sind. Diese Gruppe macht insgesamt 16 Prozent der Haushalte aus. Davon wünschen sich vier von zehn zusätzliche Informationen. Entsprechende Unterlagen (Broschüren, Infoblätter etc.) könnte man dazu in Gesundheitseinrichtungen bzw. in Ordinationen auflegen zu lassen.

Beurteilung der neuen Förder-Regelung

- Eine deutliche Mehrheit der Personen, die von der nun bestehenden Förderung der 24-Stunden-Betreuung zu Hause schon gehört oder gelesen haben, beurteilen dieselbe positiv. Insgesamt 56 Prozent bezeichneten sie als "sehr" oder "eher gut"; 23 Prozent halten sie für eher unzureichend. Ein Fünftel der Befragten traute sich da kein Urteil zu. Die überwiegend positive Resonanz bildet sich bei allen ausgewerteten Bevölkerungsgruppen ab.

Angenommene Gründe für die bisher geringe Nachfrage nach der Betreuungs-Förderung

- Bei der Frage, woran es liegen könnte, dass bisher nur wenige eine staatliche Betreuungsförderung für die 24-Stundenbetreuung beantragt haben, geht fast die Hälfte der Befragten davon aus, dass dies an den Informationsdefiziten der Betroffenen liegen dürfte. Ein Drittel glaubt, dass sich viele eine Beschäftigung von legalen Pflegepersonen trotz der Zuschüsse finanziell nicht leisten könne. Nur 7 Prozent vermuten, dass der Grund in der Prolongierung der Straffreiheit einer illegalen Beschäftigung von Pflegekräften bis Ende dieses Jahres liegt. 16 Prozent nannten andere Gründe, darunter auch mögliche bürokrati-

sche Barrieren, die vermutliche Kompliziertheit der Antragstellung und das Nichtzugebenwollen, bisher illegal Beschäftigte eingesetzt zu haben.

Einstellung zur Übergangsfrist für die illegale Beschäftigung im Pflegebereich

- Mehrheitlich ist man gegen eine Verlängerung der Übergangsfrist über den Jahreswechsel hinaus (zu 55 %). 39 Prozent der Befragten halten die derzeitige Amnestiefrist für eine gute Lösung. Weitere 16 Prozent meinen, man hätte das im Zuge des diesjährigen Pflegepaketes gleich, also ohne Übergangsfrist, verbieten sollen. Rund ein Drittel vertritt die Auffassung, dass man gegen diese Form der "Schwarzarbeit" im Pflegebereich gar nichts hätte unternehmen sollen.

Derzeitige Betreuungssituation

- Aktuell ist ein Viertel (26 %) der Haushalte mit der einen oder anderen Pflegekonstellation von engen Angehörigen konfrontiert; bei 12 Prozent trifft dies im eigenen Haushalt zu; bei rund ebenso vielen werden Angehörige in deren Haushalt betreut. Am vergleichsweise höchsten ist die Tangiertheit von einem Betreuungsfall innerhalb des Familienkreises bei den 40- bis unter 60-Jährigen (28 – 30 %).

Mittelfristig erwartete Betreuungs-Betroffenheit

- Insgesamt halten es 14 Prozent der Befragten für durchaus möglich, dass sie selbst innerhalb der kommenden fünf Jahre eine regelmäßige Pflege benötigen könnten. Bei den über 60-Jährigen liegt die erwartete Betroffenheitsquote bei 27 Prozent, wobei es dabei kaum Unterschiede zwischen den Männern und Frauen gibt.
- Mit insgesamt 42 Prozent noch deutlich höher ist der in den nächsten 5 Jahren erwartete regelmäßige Pflegebedarf bei den engen Angehörigen bzw. im eigenen Familienkreis. 14 Prozent halten dies für sehr wahrscheinlich, weitere 28 Prozent für eher wahrscheinlich. Am verbreitetsten ist diese Erwartungshaltung bei den 40- bis 60-jährigen Frauen: Von ihnen rechnet jede Zweite damit, in absehbarer Zeit mit einem Betreuungsfall konfrontiert zu werden.

Präferenzen im Falle des Bedarfs einer ständigen Pflege

- Sollten nahe Angehörige einmal eine ständige Pflege brauchen, dann hatten die Österreicherinnen und Österreicher klare Präferenzen in Bezug auf die Form der Betreuung. Zwei Optionen würde die große Mehrzahl der Befragten bevorzugen: entweder die Pflege durch Familienmitglieder selbst oder mobile Pflegedienste für eine Pflege zu Hause. Einer Pflege durch Nachbarn können hingegen nur wenige etwas abgewinnen. Dasselbe gilt für eine stationäre Pflegebetreuung (Pflegeheim etc.), also eine ständige Pflege außer Haus.
- 86 Prozent der Befragten gaben an, dass sie eine Pflege durch die Familienangehörigen selbst grundsätzlich für gut halten würden. Mobile Pflegedienste für die Betreuung und Pflege zu Hause stoßen auf eine annähernd gleich große Zustimmung. Insgesamt könnten dieser Option 90 Prozent durchaus etwas abgewinnen.
- Mehrheitlich könnte man sich aber durchaus auch vorstellen, dafür eine teil-stationäre Betreuung unter Tags zu nutzen, wenn es ein solches Angebot gibt. Für 60 Prozent käme eine solche hort-ähnliche Betreuung in Frage, bei der man am Abend bzw. nach der Arbeit die betroffenen Familienangehörigen abholen könnte.
- Auf gleich viel Anklang würden Angebote für zeitlich befristete stationäre Betreuungen stoßen (61 %).
- Präferiert wird also eine Pflege zu Hause. Wenn die Familienangehörigen damit überfordert sind, wünscht man sich eine professionelle Hilfe – am besten ebenfalls daheim; und wenn dies nicht geht, dann entsprechende Angebote für eine teil-stationäre Betreuung unter Tags und für zeitlich befristete bzw. übergangsweise Vollbetreuungen in stationären Einrichtungen.

Wäre derzeit ein dauerhafte Pflege eines erwachsenen Familienmitgliedes zu Hause vorstellbar? Falls nein: Gründe dafür

- Nur 14 Prozent der Befragten gaben an, dass es in ihrer derzeitigen Lebenssituation eher leicht möglich wäre, erwachsene Angehörige auf Dauer im Haushalt zu betreuen bzw. zu pflegen. Seitens der Berufstätigen bestätigten dies nur 10 Prozent; von den Nicht-Berufstätigen auch nicht mehr als 18 Prozent (Pensionisten: 16 %; Hausfrauen: 40 %). Für weitere 40 Prozent wäre dies ihrer Einschätzung nach zwar schwierig, aber doch machbar. Insgesamt 45 Prozent halten dies für

mehr oder weniger undenkbar: "das wäre nur ganz schwer möglich": 20 %; "ganz ausgeschlossen": 25 %).

- Jene 45 Prozent, die in ihrer derzeitigen Lebenssituation mit einem häuslichen Pflegefall überfordert wären, wurden nach den Gründen dafür befragt. Das Haupthindernis dafür ist natürlich die Berufstätigkeit (zu 54 %; bei den Berufstätigen zu ca. 80 %). 22 Prozent gaben an, dass sie selbst dafür gesundheitlich nicht fit genug sind; bei den über 60-Jährigen gaben dies knapp 70 Prozent zu Protokoll. Ein weiteres Fünftel wies darauf hin, dass ihre Wohnung dafür nicht groß genug sei, dies also alleine schon aus Platzgründen kaum möglich wäre (in Wien: 31 %). 8 Prozent meinten, dass sie eine Pflege auch fachlich nicht leisten könnten; für 6 Prozent wäre das wegen ihrer eigenen Familie (Kinder) nicht möglich.

Zum Ausbau der Betreuungs- und Pflegebereiche

- Gemäß den persönlichen Pflegepräferenzen wünscht sich die Bevölkerung in erster Linie, dass die mobilen Pflegedienste für die Betreuung und Pflege zu Hause ausgebaut werden. 52 Prozent halten einen viel stärkeren Ausbau für nötig; weitere 38 Prozent erhoffen sich zumindest etwas mehr Angebote.
- Sehr viel kann die Bevölkerung auch der Errichtung von eigenen Wohngemeinschaften mit Pflegebetreuung abgewinnen. Jede/r Zweite votiert für einen starken Ausbau solcher Betreuungsangebote, weitere 34 Prozent für einen etwas stärkeren Ausbau.
- Drittgereiht auf der Wunschliste ist ein Ausbau der teil-stationären Betreuungsangebote unter Tags. 36 Prozent würden einen viel stärkeren Ausbau begrüßen; weitere 47 Prozent sprechen sich für einen moderaten Ausbau aus.
- Ähnlich ist die Erwartungshaltung hinsichtlich stationärer Einrichtungen für zeitlich befristete Betreuungen. 30 Prozent sind für einen viel stärkeren Ausbau, 52 Prozent für etwas mehr solcher Angebote. Aber auch der Ausbau von nicht befristeten Pflegeheimen wird gleichermaßen befürwortet.
- In ganz besonderem Maße würden sich die 40- bis 60-jährigen Frauen (also jene, die davon am stärksten betroffen sind) einen starken Ausbau wünschen. In Bezug auf die mobilen Pflegedienste sind das 62 Prozent, bei den Wohngemeinschaften 60 Prozent, bei den teil-statio-

nären Einrichtungen 49 Prozent und bei den zeitlich befristeten stationären Betreuungen 45 Prozent. Am geringsten sind hier die Nennungsanteile hinsichtlich der üblichen Pflegeheime (35 %).

Große Zustimmung zu sogenannten Seniorengärten

- Breiter Konsens besteht bei den Österreicherinnen und Österreichern darüber, dass man für pflegebedürftige Menschen ähnlich den Kinderhorten eine Tagesbetreuung in Seniorengärten anbieten sollte, womit vor allem berufstätige Familienmitglieder entlastet werden könnten. 86 Prozent der Befragten halten dies jedenfalls für eine gute Idee. Diese überaus starke Befürwortung bildet sich bei allen Bevölkerungsgruppen und in allen Regionen ab.

Breite Befürwortung einer unbezahlten Pflegekarenz

- 85 Prozent der Bevölkerung sprechen sich auch dafür aus, dass man für Berufstätige, die Angehörige rund um die Uhr pflegen müssen, die Möglichkeit einer unbezahlten Pflegekarenz schafft, wobei sie in dieser Zeit weiter versichert und auch unkündbar sind. Auch hier geht der breite Konsens quer durch alle Bevölkerungsgruppen.

Wen hält man für die Pflege und Finanzierung der Betreuung für zuständig?

- Bei der Bevölkerung besteht ein breiter Konsens darüber, dass für die Pflege und die Finanzierung der Betreuung der Staat wie auch die Betroffenen selbst gleichermaßen zuständig sind. Diese Auffassung, wonach die öffentliche Hand den Pflegebedürftigen angebotsseitig und finanziell bei ihrer Betreuung helfen sollte, vertreten 70 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher.
- Nur 17 Prozent weisen die Verantwortung dafür primär dem Staat bzw. der öffentlichen Hand zu. Dem liegt wohl auch das Wissen zugrunde, dass sich dies aus den laufenden Budgetmitteln nicht finanzieren ließe. Umgekehrt meint aber auch nur eine sehr kleine Minderheit (11 %), dass die Betroffenen damit selbst fertig werden sollen.

Zur Finanzierung einer stärkeren staatlichen Förderung im Pflegebereich

- Angesichts des großen Finanzbedarfs im Falle einer stärkeren staatlichen Förderung der Pflege und Betreuung wurden zwei Möglichkeiten zur Finanzierung einer weiteren Unterstützung des Pflegebedarfs abgetestet.
- Eine Variante wäre, eine Vermögenssteuer (für Geld- und Immobilienbesitz) mit einem Freibetrag einzuführen, und diese Mittel für die Pflegefinanzierung zu verwenden. Einer solchen zweckgebundenen Vermögenssteuer kann eine deutliche Mehrheit von 62 Prozent der Bevölkerung etwas abgewinnen. Nur 24 Prozent der Befragten sind dagegen; weitere 14 Prozent antworteten mit "weiß nicht". Die mehrheitliche Befürwortung geht durch alle Bevölkerungsgruppen und auch quer durch die Partei-Anhängerschaften.
- Eher geteilter Meinung ist man hinsichtlich der dabei zweckmäßigen Freibetragsgrenze. 11 Prozent meinen, es solle da gar keinen Freibetrag geben und sind damit für eine generelle Vermögenssteuer; 17 Prozent votieren für eine Freibetragsgrenze bis zu einem Vermögenswert von 300.000 Euro ; 21 Prozent halten eine Besteuerung ab einem Vermögen von 500.000 Euro für gerechtfertigt. Weitere 14 Prozent sind für einen noch höheren Freibetrag.
- Die andere abgetestete Alternative betrifft die Einführung einer Pflegeversicherung, die in die Sozialversicherung integriert ist. Bei einer Pflege von mehr als 6 Monaten wird dann ein Teil der Kosten von der Pflegeversicherung abgedeckt. Finanziert wird dieses in Deutschland schon eingeführte Modell über höhere Sozialabgaben, von welchen alle betroffen wären. Auch dem könnte die Bevölkerung durchaus etwas abgewinnen. Die unterschiedlichen Stellungnahmen fallen derzeit, da ein solches Modell öffentlich noch gar nicht diskutiert worden ist, erwartungsgemäß natürlich nicht so klar aus. Grundsätzlich positiv stehen dem 28 Prozent der Befragten gegenüber; dezidiert dagegen sind nur halb so viele (14 %). Mehrheitlich (53 %) meint man, ein solches Modell wäre zumindest überlegenswert. Insgesamt gesehen halten somit rund acht von zehn Personen ein solches System für jedenfalls diskussionswürdig.
- Dieses grundsätzlich doch positive Meinungsklima hinsichtlich einer Diskussion über die Einführung einer staatlichen Pflegeversicherung manifestiert sich mehrheitlich ebenfalls bei allen Bevölkerungsgruppen

und bei allen Partei-Anhängerschaften. Von klaren und gefestigten Einstellungsmustern kann man derzeit aber sicher noch nicht sprechen.

Wunsch nach einer bundesweiten Vereinheitlichung im Pflegebereich

- Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher halten es für sinnvoll, die Zweigleisigkeiten im Pflegebereich zwischen dem Bund und den Ländern aufzuheben, indem man die unterschiedlichen Regelungen möglichst vereinheitlicht und stärker hin zur Bundeskompetenz verlagert. 22 Prozent sehen da eher keinen Änderungsbedarf; weitere 12 Prozent bezeichneten sich als überfragt.
- In allen Bundesländern spricht sich eine klare Mehrheit dafür aus, den Pflegebereich stärker hin zum Bund zu verlagern, um damit auch eine Vereinheitlichung der unterschiedlichen Regelungen zu bewirken.

Resümee

- Ein sehr großer Teil der Bevölkerung rechnet damit, innerhalb der kommenden 5 Jahre von einem Pflege- und Betreuungsfall innerhalb der eigenen Familie betroffen zu sein. Infolge des verbreiteten Wunsches, dass eine solche Betreuung möglichst im eigenen Haushalt erfolgt, erhoffen sich viele einen Ausbau der mobilen Pflegedienste, der natürlich auch erschwinglich sein müsste.
- Großes Interesse besteht auch an stationären Einrichtungen, deren Pflegeleistungen man für eine gewisse Zeit oder für unter Tags in Anspruch nehmen könnte. Grundsätzlich befürwortet man alle Lösungen, die es den Berufstätigen erleichtern, mit einer Pflege bzw. Betreuung von Angehörigen zurechtzukommen. Dazu zählen insbesondere auch Pflegekarenz-Regelungen für Berufstätige und der Ausbau von sogenannten Seniorengärten.
- Über den hohen Finanzierungsbedarf im Pflegebereich ist man sich durchaus im Klaren – auch darüber, dass diese Gelder die derzeitigen Budgetgrenzen sprengen würden. Demgemäß gibt es bei allen Bevölkerungsgruppen eine hohe Akzeptanz in Bezug auf alternative Finanzierungsformen, etwa über eine zweckgebundene Vermögenssteuer, wobei es nur hinsichtlich der Freibetragsgrenze unterschiedliche Präferenzen gibt.

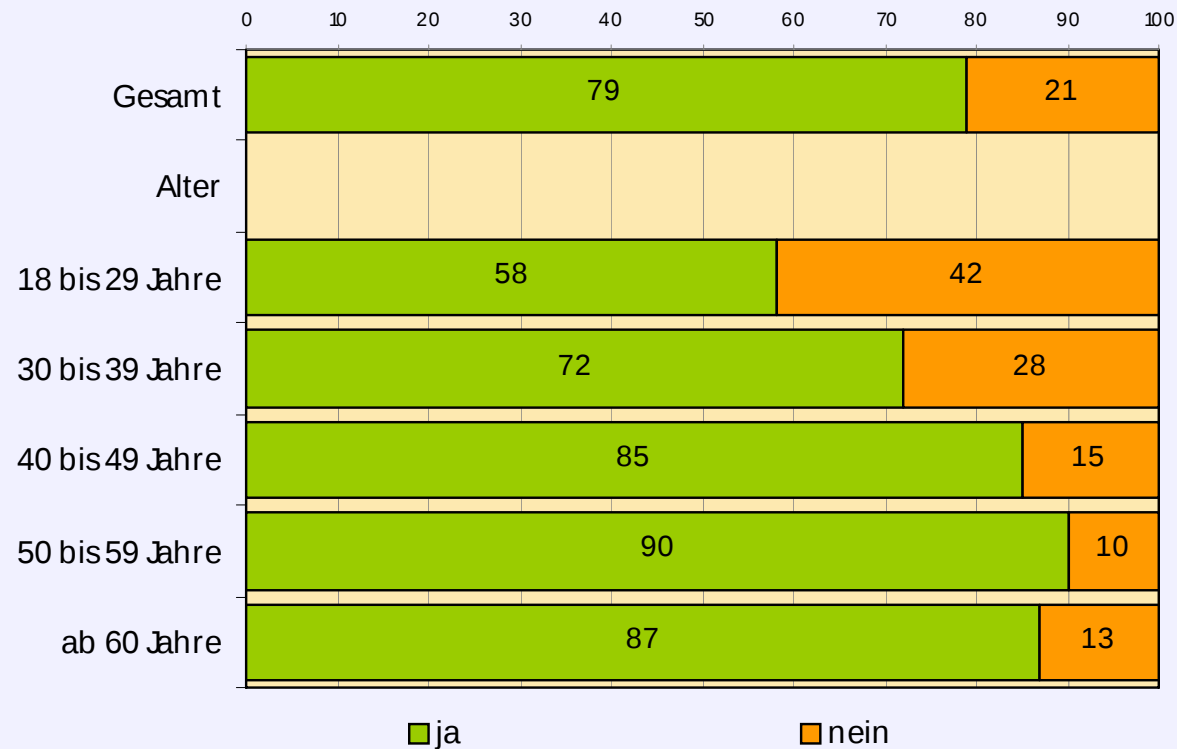
Bevölkerungsbefragung zur Pflege und Betreuung

Daten zur Untersuchung

Auftraggeber	Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz
Grundgesamtheit	Bevölkerung in Österreich ab 18 Jahren
Stichprobe	1.000 Befragte
Methode	Zufallsauswahl
Befragungszeitraum	September 2007

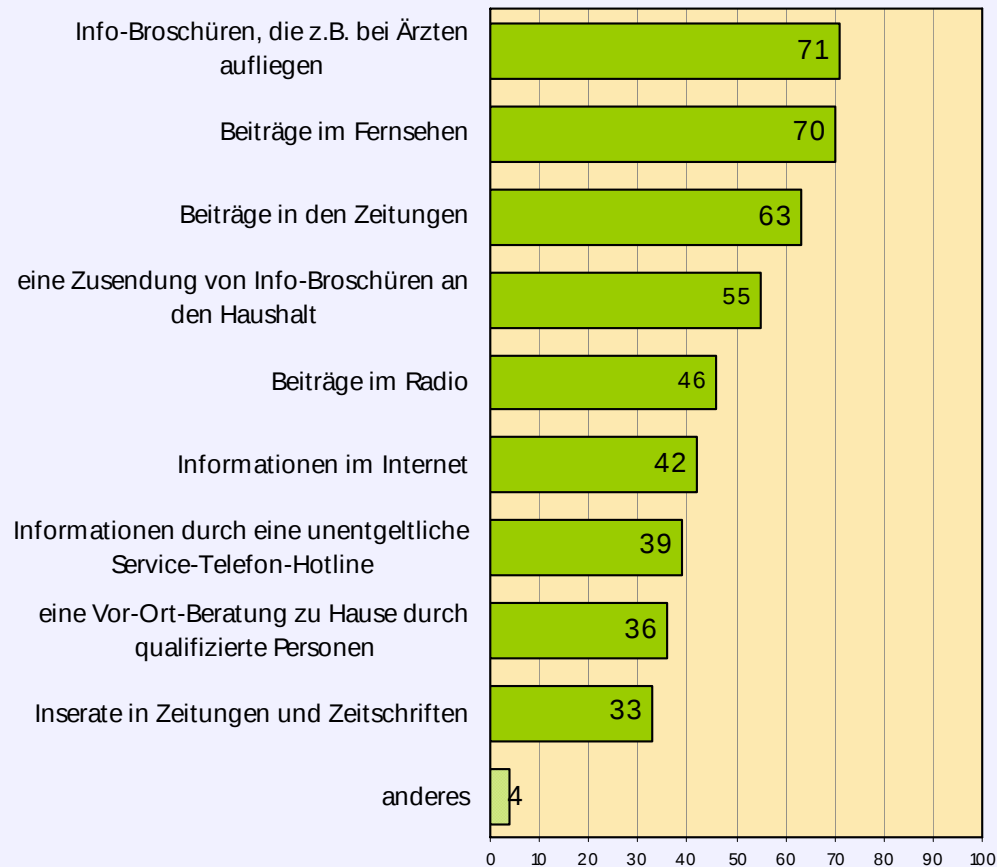
Von der neuen Regelung gehört oder gelesen

Frage: Seit dem 1. Juli gibt es die neue Regelung im Pflegebereich zur Förderung der 24-Stunden-Betreuung zu Hause. Haben Sie davon schon gehört oder gelesen? (in Prozent)



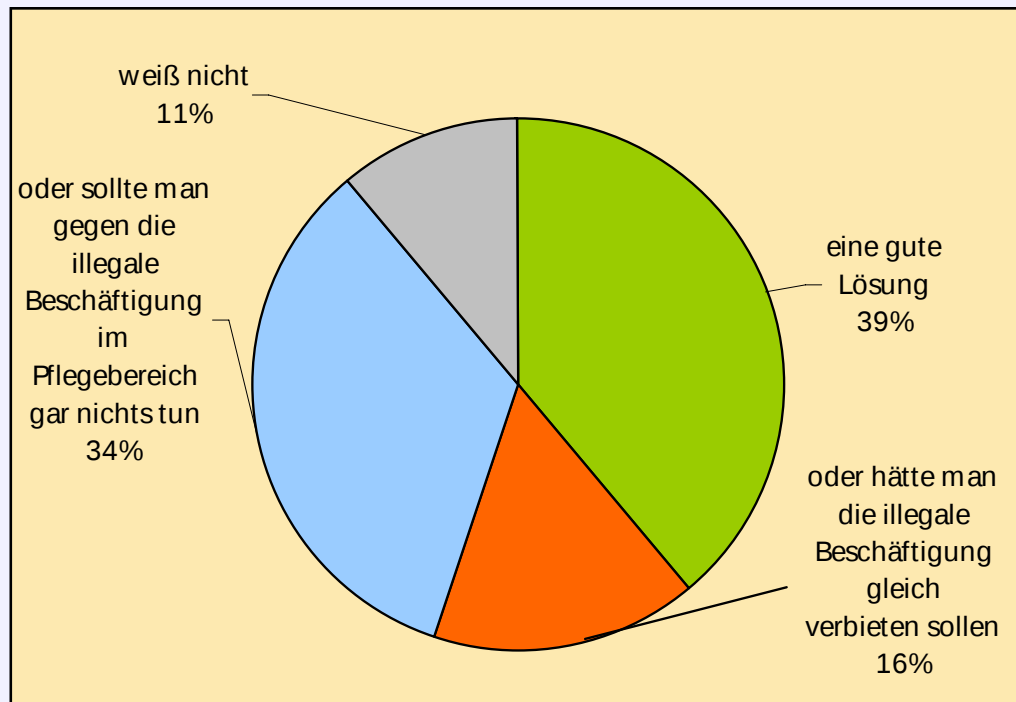
Präferierte Informationsträger (Basis: Informationsbedarf: 20 %)

Frage: Und in welcher Form würden Sie sich Informationen wünschen?
(Basis: hat Bedarf an weiteren Informationen, n=203; in Prozent)



Einstellung zur Übergangsfrist

Frage: Bisher wurden für die private Pflege bzw. Betreuung vielfach illegal Beschäftigte Personen aus Osteuropa eingesetzt. Die Bundesregierung hat nun bei der illegalen Betreuung eine Übergangsfrist bis Ende dieses Jahres gesetzt, damit sich die Betroffenen auf die neue Situation einstellen können. Danach läuft die Straffreiheit aus. Ist das aus Ihrer Sicht? (in Prozent)



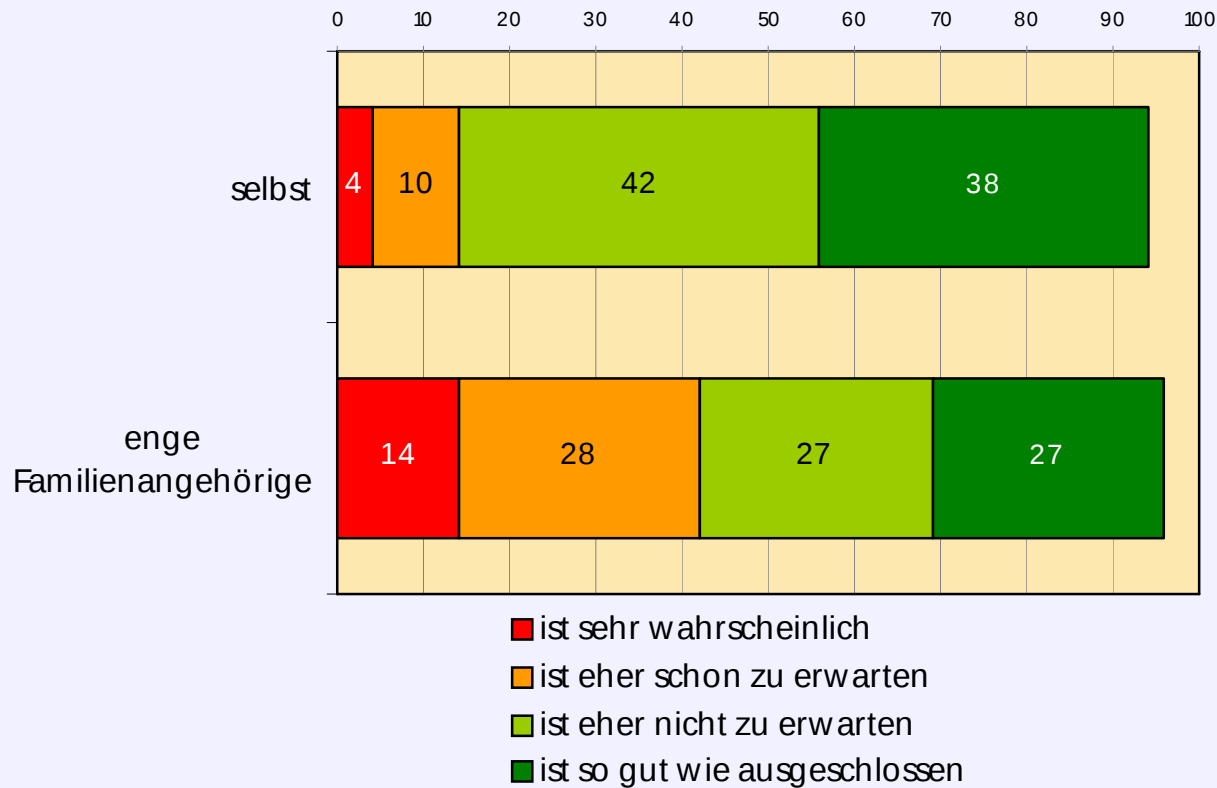
Derzeitige Betroffenheit von einem Pflegefall

Frage: Wenn Sie an die regelmäßige Betreuung von pflegebedürftigen oder behinderten Menschen denken – sind Sie oder ein enges Familienmitglied davon derzeit selbst betroffen? (in Prozent)



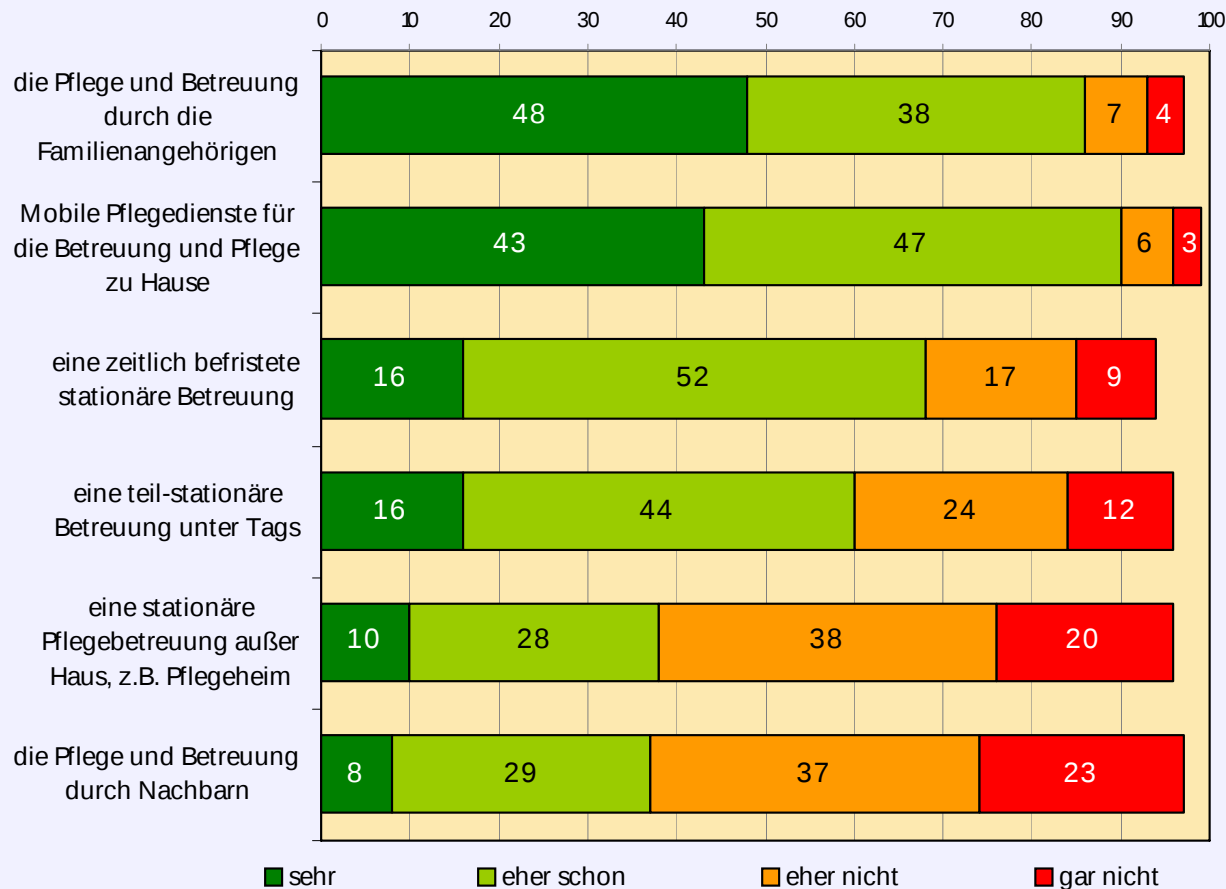
- ich werde selbst von Familienmitglied betreut
- ich oder ein anderes Familienmitglied betreut jemanden in unserem Haushalt
- ich oder ein anderes Familienmitglied betreut jemanden in dessen Haushalt
- ein Haushaltsmitglied ist in einer stationären Betreuung (Pflegeheim etc.)
- anderes
- nein, weder noch

Frage: Und wie sehr ist zu erwarten, dass Sie selbst innerhalb der nächsten 5 Jahre eine regelmäßige Betreuung bzw. Pflege brauchen? (in Prozent)



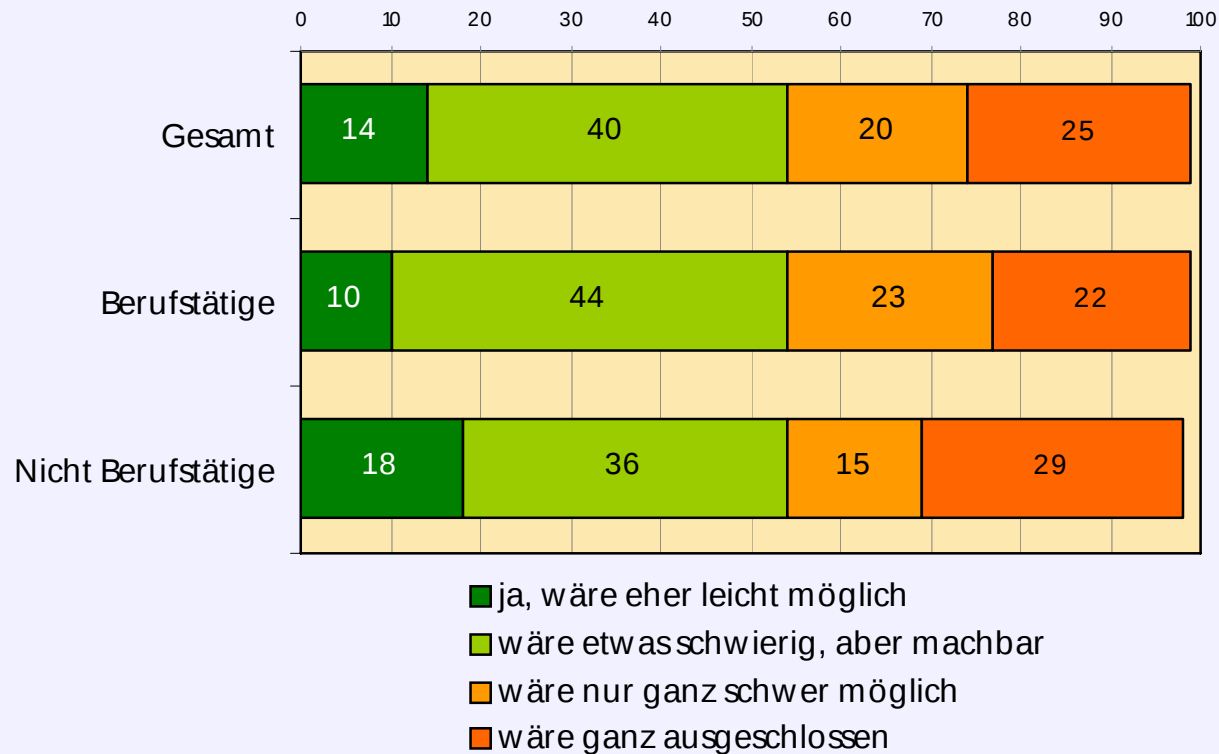
Präferierte Pflegevarianten für nahe Angehörige

Frage: Angenommen, nahe Familienangehörige würden einmal eine ständige Pflege brauchen, wie recht wären Ihnen da die folgenden Pflegemöglichkeiten - sehr recht, eher schon, eher nicht oder gar nicht recht? (In Prozent)



Wie leicht wäre eine dauerhafte Betreuung möglich?

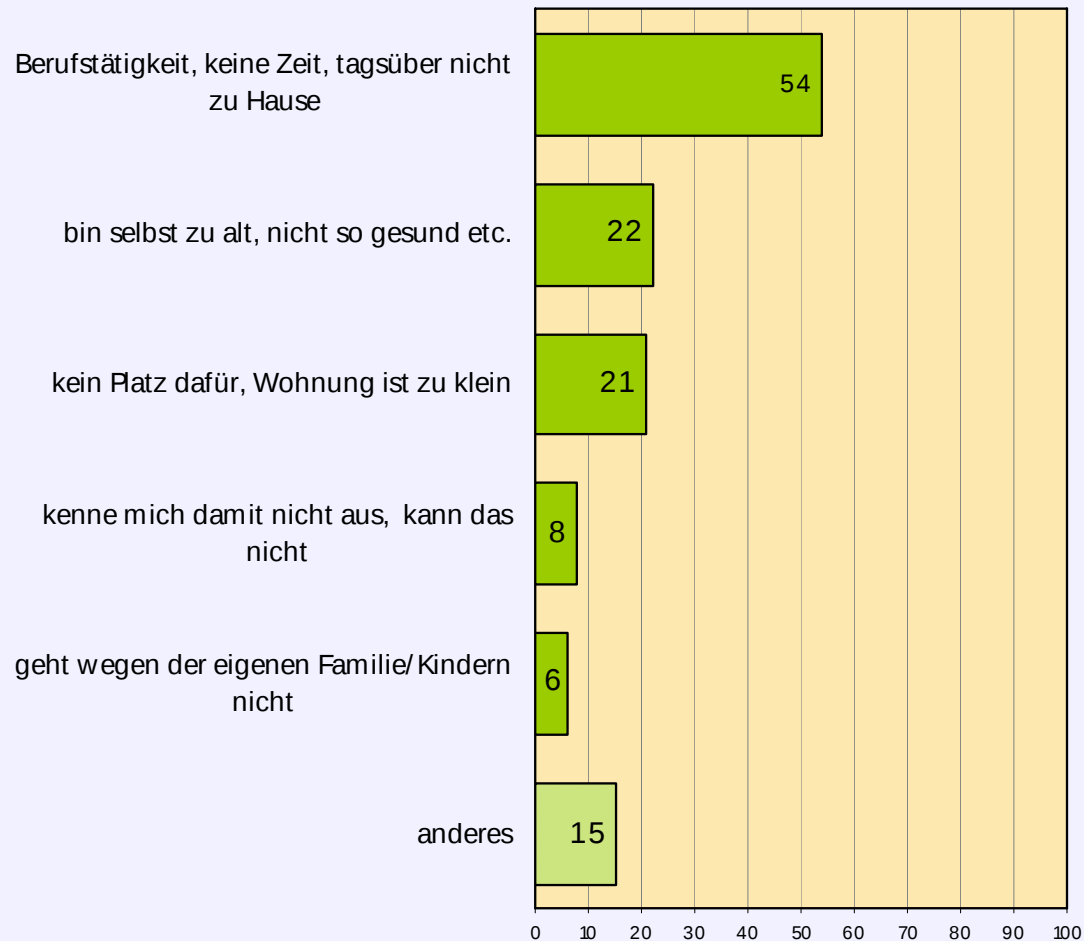
Frage: Wäre es für Sie vorstellbar, in Ihrer derzeitigen Lebenssituation zu Hause ein erwachsenes Familienmitglied auf Dauer zu betreuen bzw. zu pflegen? (in Prozent)



Falls kaum möglich: Gründe dafür

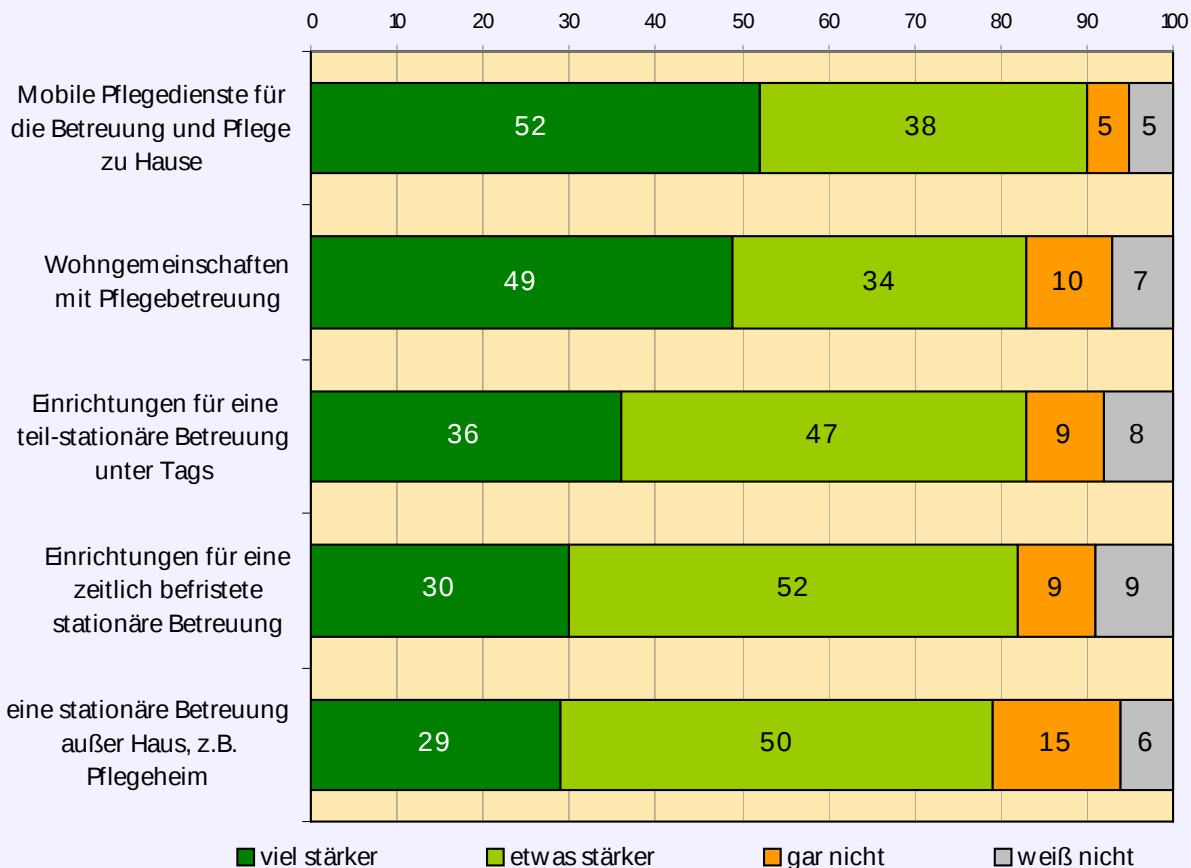
Frage: Was sind dafür die Hauptgründe?

(Basis: Betreuung ist schwer bis gar nicht möglich, n=448; in Prozent)



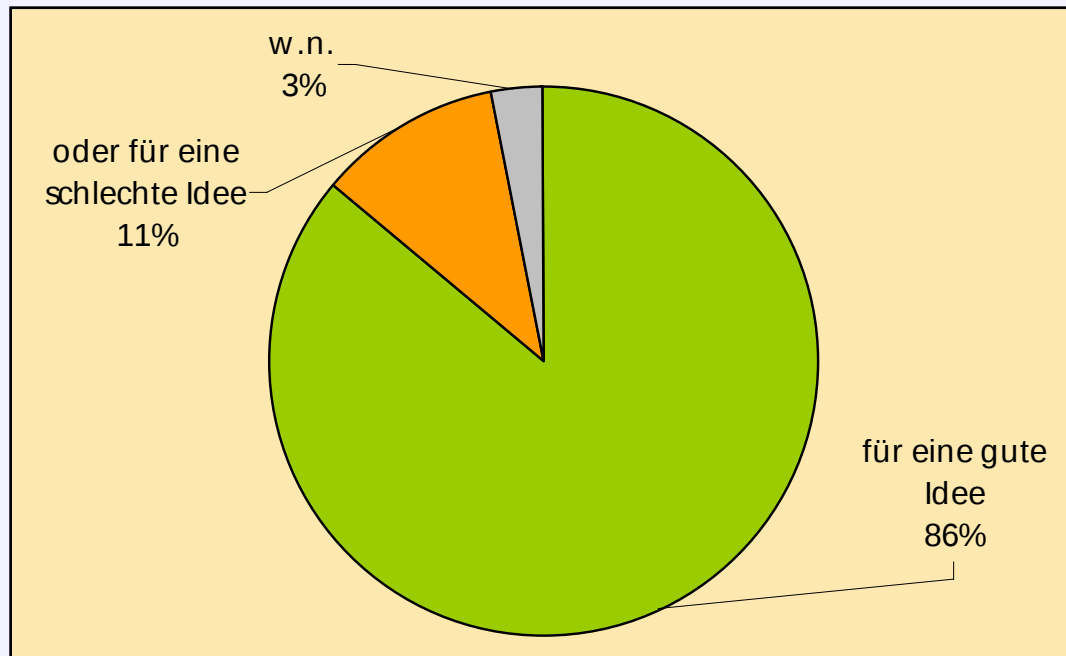
Gewünschter Ausbau von Betreuungs- und Pflegeangeboten

Frage: Sollten die folgenden Betreuungs- und Pflegebereiche aus Ihrer Sicht viel stärker, etwas stärker oder gar nicht ausgebaut werden? (in Prozent)



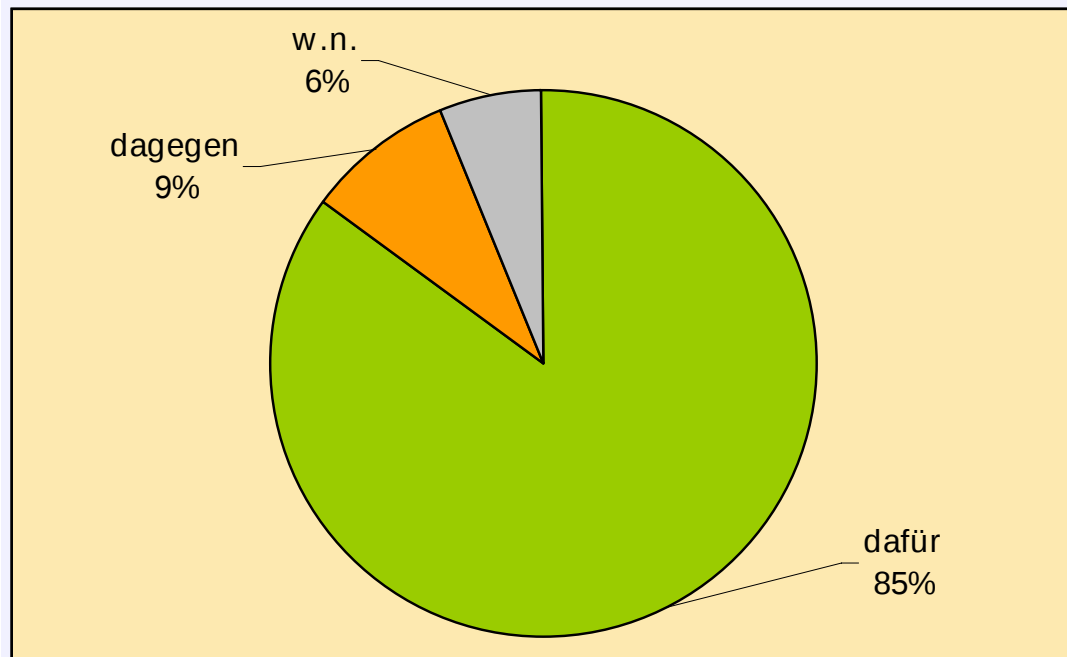
Einstellung zu „Seniorengärten“

Frage: Da es für Berufstätige besonders schwierig ist, Angehörige zu pflegen, könnte man für die Pflege unter Tags so wie bei den Kindergärten und Horten eine Tagesbetreuung anbieten, also einen sogenannten Seniorengarten. Halten Sie das...?



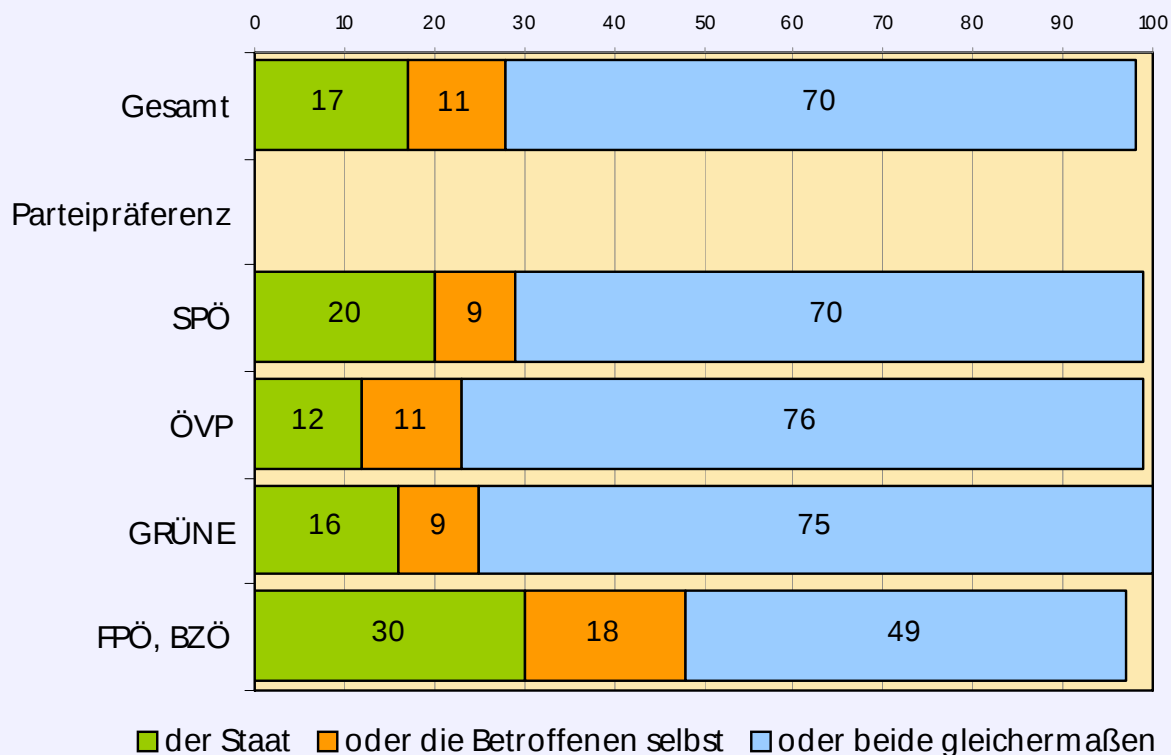
Unbezahlte Pflege-Karenz für Berufstätige

Frage: Und sollte man für Berufstätige, die Angehörige rund um die Uhr pflegen müssen, die Möglichkeit einer unbezahlten Pflegekarenz einführen, während der sie weiter versichert und unkündbar sind – oder sind Sie da dagegen?



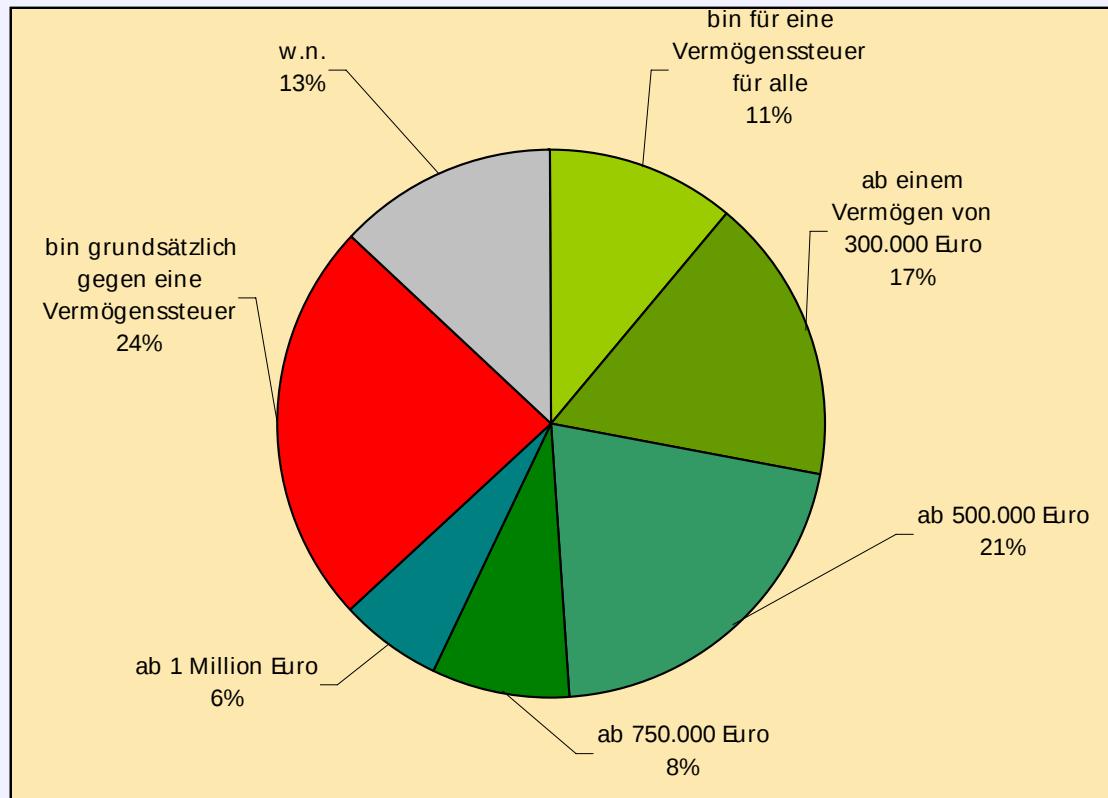
Wer ist für die Pflege und deren Finanzierung zuständig?

Frage: Was meinen Sie grundsätzlich – wer ist für die Pflege und die Finanzierung der Betreuung in erster Linie zuständig? (in Prozent)



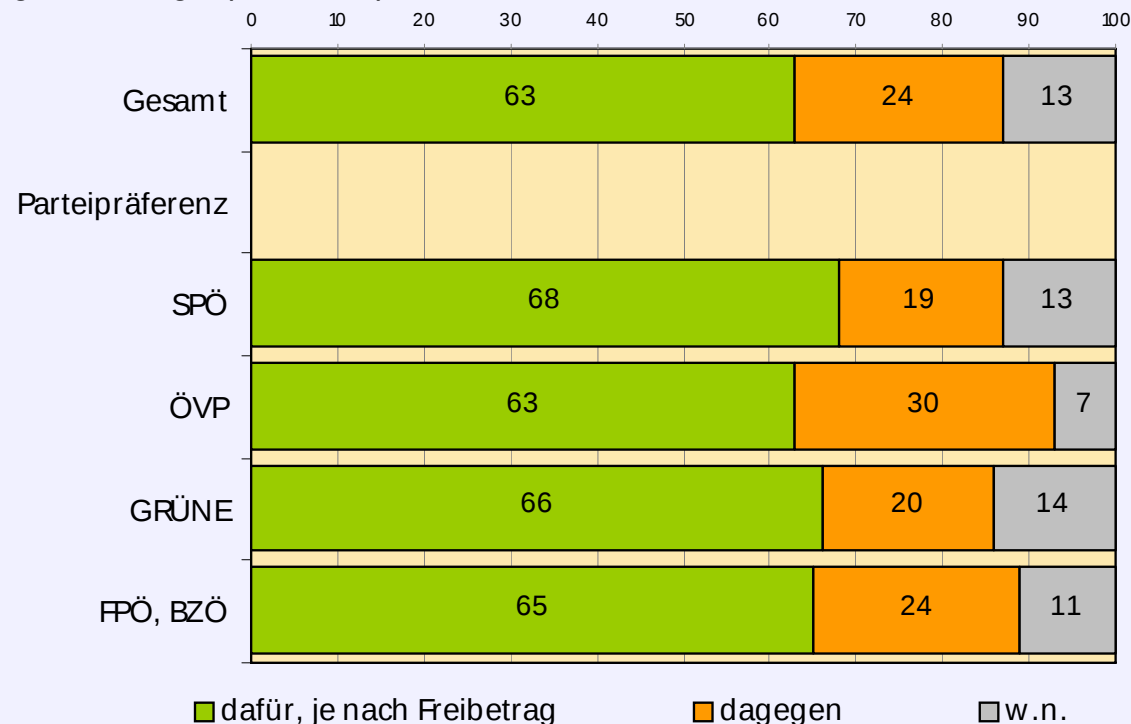
Einstellung zu einer zweckgebundenen Vermögenssteuer (1)

Frage: Derzeit reichen die Bugetmittel für eine stärkere staatliche Förderung der Betreuung und Pflege nicht aus. Eine Möglichkeit wäre, eine Vermögenssteuer mit einem Freibetrag einzuführen und diese Mittel für die Pflegefinanzierung zu verwenden. Ab welchem Vermögenswert - das betrifft Geld- und Immobilienbesitz - halten Sie eine solche zweckgebundene Vermögenssteuer für gerechtfertigt?



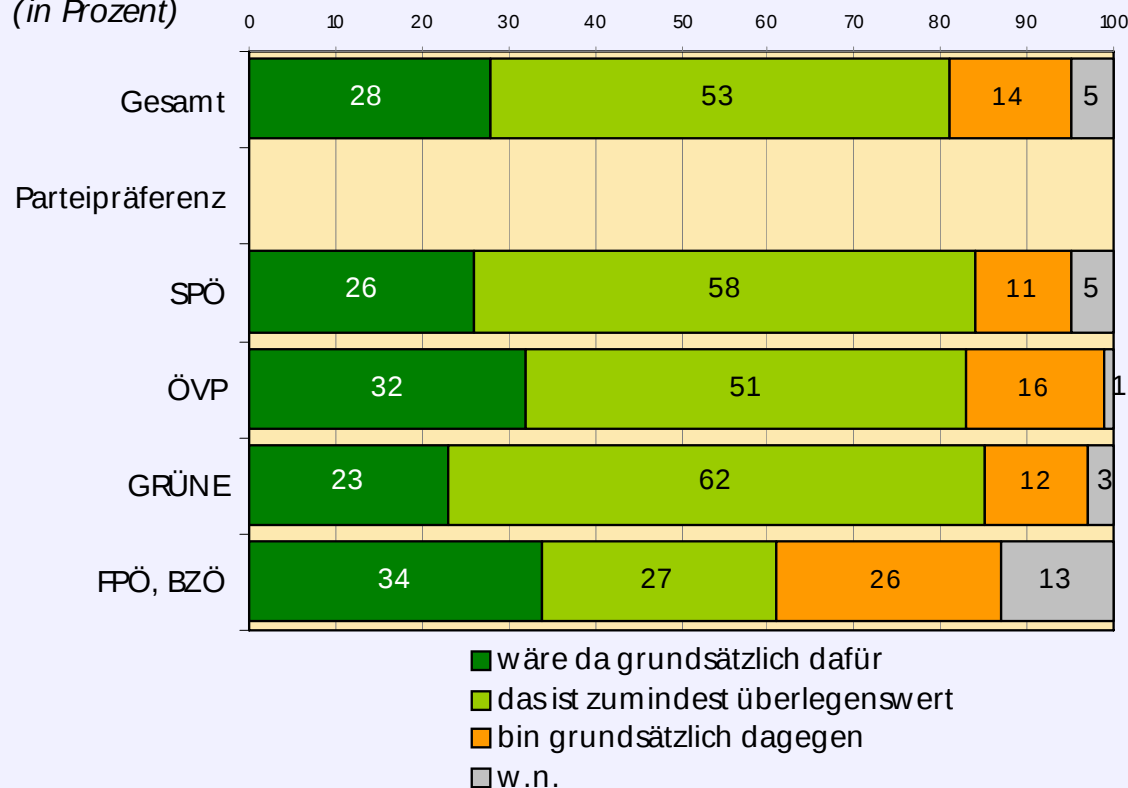
Einstellung zu einer zweckgebundenen Vermögenssteuer (2)

Frage: Derzeit reichen die Bugetmittel für eine stärkere staatliche Förderung der Betreuung und Pflege nicht aus. Eine Möglichkeit wäre, eine Vermögenssteuer mit einem Freibetrag einzuführen und diese Mittel für die Pflegefinanzierung zu verwenden. Ab welchem Vermögenswert - das betrifft Geld- und Immobilienbesitz - halten Sie eine solche zweckgebundene Vermögenssteuer für gerechtfertigt? (in Prozent)



Einstellung zu einer staatlichen Pflegeversicherung

Frage: Eine andere Möglichkeit wäre, dass man so wie in Deutschland eine Pflege-Pflichtversicherung in die Sozialversicherung integriert. Bei einer Pflege von mehr als 6 Monaten trägt dann diese Pflegeversicherung einen Kostenanteil. Das wäre aber mit höheren Sozialabgaben für alle verbunden. Wie stehen Sie dazu? (in Prozent)



Wunsch nach Vereinheitlichung im Pflegebereich!

Frage: Derzeit sind für die Pflegeeinrichtungen in erster Linie die Länder zuständig, wodurch es unterschiedliche Regelungen und Zweigleisigkeiten gibt. Sollte der Pflegebereich stärker hin zum Bund verlagert und damit vereinheitlicht werden oder soll man da an den derzeitigen Zuständigkeiten nichts ändern? (in Prozent)

